

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, dem 19. Juni 1980

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6, 11 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 12 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	8, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	6, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	9, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	10

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß portugiesische Einfuhrbehörden — unter Hinweis auf die vorrangig zu schützende heimische Industrie — Importlizenzanträge auch für deutsche Produkte entweder ablehnen oder derart verzögern, daß der Absatz deutscher Waren in Portugal erheblich erschwert wird?
2. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Steht bejahendenfalls dieses Gebaren im Einklang mit den vertraglichen Beziehungen zwischen der EG einerseits und der EFTA andererseits, oder würde dies nicht dem EG-Aufnahmeantrag Portugals widersprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß die Sowjetunion ihre Streitkräfte im westlichen Bereich der UdSSR und in den Ostblockstaaten einschließlich der „DDR“ umgliedert und gleichzeitig personell und hinsichtlich der Ausrüstung mit Artillerie und Panzern verstärkt, und kann die Bundesregierung hierzu Zahlen nennen?
4. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Wie viele Soldaten und wieviel Panzer haben die Sowjetunion von der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ abgezogen, und in welchem Zahlenverhältnis stehen die von Breschnew angekündigten, bisher tatsächlich durchgeführten Reduktionen zur Gesamtstärke der GSSD in Mitteldeutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

5. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die vergleichende Untersuchung der Schreibdienste in den obersten Bundesbehörden, durchgeführt von der Gesellschaft für interdisziplinäre Sozialforschung mbH Berlin (Intersofa), fertiggestellt seit Oktober 1979, immer noch nicht veröffentlicht?
6. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Bis wann will die Bundesregierung dafür sorgen, daß die in der vergleichenden Untersuchung festgestellten Mißstände, wie gesundheitliche Beeinträchtigung durch Rücken- und Nackenschmerzen, die veraltete technische Ausstattung und die Gestaltung des Arbeitsplatzes sowie der zu hohe Lärmpegel beseitigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung neuerliche Berichte aus den USA bekannt, nach denen die amerikanische nationale Wissenschaftsakademie NAS festgestellt haben soll, derzeit werde unter Einwirkung chemischer Substanzen doppelt so viel Ozon in der Erdatmosphäre abgebaut als 1976 angenommen und prognostiziert worden sei, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dieser alarmierenden Nachricht zu ziehen?
8. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche kurz- und mittelfristigen Maßnahmen will die Bundesregierung unternehmen, um eine Verbesserung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten im Schreibdienst zu erreichen, und denkt sie daran, ein zentrales Fortbildungsangebot zu machen?
9. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu Forderungen der Aufhebung von reinen Schreibarbeitsplätzen und der Schaffung von sogenannten Misch Tätigkeiten, und welche Maßnahmen sind in den Bundesministerien schon getroffen worden, um solche Misch Tätigkeiten einzuführen?
10. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen des Bundesverbands für den Selbstschutz um eine bessere Aufklärung der Bevölkerung in den Aufgaben des Selbstschutzes dahin gehend zu unterstützen, daß sie die Kosten für die Sendung der Fernsehspots übernimmt, die gegenwärtig durch den Verband erstellt werden, und wichtige Hinweise für den Selbst- und Katastrophenschutz, insbesondere die Bedeutung der Alarmsignale, im amtlichen Fernsprechbuch abdrucken läßt?
11. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in Zukunft die Verwendung von Klärschlamm, insbesondere in der Landwirtschaft, angesichts zunehmender Warnungen vor schädlichen Anreicherungen von Schwermetallen und polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen im Boden?
12. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auch weiter Abfallbeseitigungsanlagen (lt. jüngsten Pressemeldungen z. B. in Alfeld) fördern, die eine entsprechende Verwendung des Klärschlammes vorsehen, und bestehen technische Möglichkeiten, den Gehalt solcher Schadstoffe zu verringern?
13. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die im jüngsten Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz über türkischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland wiedergegebene Auffassung, wonach einer der Gründe für eine Zunahme extremistischer Aktivitäten unter Türken deren „heftiger, schwerdisziplinierbarer Volkscharakter“ (Frankfurter Rundschau vom 11. Juni 1980) sei, und wenn nicht, wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß diese Einschätzung korrigiert wird?

14. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Welche Einwirkungsmöglichkeiten hat die Bundesregierung bei der Entsendung der 600 bis 700 Lehrer aus der Türkei, die direkt von der türkischen Regierung entsandt werden, und wenn keine, ist die Bundesregierung bereit, mit der türkischen Regierung darüber in Verhandlungen zu treten, damit gewährleistet wird, daß es sich bei den Lehrern um demokratisch gesinnte Türken handelt?
15. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die bisher vorliegenden Ergebnisse der von ihr initiierten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ursachen des Terrorismus und die Möglichkeiten einer sogenannten geistigen Auseinandersetzung mit hierfür anfälligen Gruppen?
16. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Erkenntnisse in der Untersuchung über die Wirkung von Teilzeitarbeit bei Schreibkräften, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
17. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Hat die Bundesregierung gesonderte Erkenntnisse über den Krankenstand im Schreibdienst, und welche Abweichungen lassen sich gegenüber dem übrigen öffentlichen Dienst erkennen?
18. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, wohl im Alleingang und im Vorgriff auf Berichte und Beschlußfassung der Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder, in einem VS-Erlaß an die Ausländerbehörden des Landes Baden-Württemberg vor einigen Tagen für eine Reihe von Städten wie z. B. Freiburg, Göppingen, Reutlingen, Heilbronn angeordnet hat, daß ab sofort an Asylbewerber nur noch jederzeit widerrechtliche und befristete aufenthaltsrechtliche Duldungen mit der Auflage erteilt werden dürfen, daß dem Asylbewerber die Erwerbstätigkeit nicht gestattet sei, und daß in der Folge dieses Erlasses die Arbeitsämter in Baden-Württemberg ab sofort insoweit keine Arbeitserlaubnis mehr erteilen dürfen?
19. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Wußte die Bundesregierung von diesem VS-Erlaß vor seiner Inkraftsetzung, und wie beurteilt sie dieses Vorgehen unter bundespolitischen und bundesrechtlichen Gesichtspunkten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Welche Bestimmungsfaktoren insbesondere auf steuerlichem Gebiet stehen nach Ansicht der Bundesregierung der Bereitstellung und Erschließung ausreichenden Baulands durch die Gemeinden entgegen, und inwieweit trägt das geltende Steuersystem unmittelbar zu einer Verteuerung und Hortung von Bauland bei?

21. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der steuerrechtlichen Auffassung des Bundesfinanzministers (Schreiben vom 29. Oktober 1979 an die Finanzminister/Finanzsenatoren der Länder), wonach Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Mietwohnungen, die in Eigentumswohnungen umgewandelt worden sind, steuerfrei (§ 6 b des Einkommensteuergesetzes) bleiben können, eine Änderung der Vorschrift des § 6 b des Einkommensteuergesetzes für erforderlich, um der im Ergebnis steuerlichen Begünstigung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen entgegenzuwirken?
22. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Wann beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls eine solche Änderung des § 6 b des Einkommensteuergesetzes zum Schutz der Mieter im frei finanzierten Wohnungsbau vorzunehmen?
23. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesfinanzminister Matthöfer zunächst dem Entwurf des Entschließungsantrags von SPD und FDP vom 23. April 1980, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, 0,7 v. H. des Bruttosozialprodukts bis 1985 als öffentliche Entwicklungshilfe zu leisten, zugestimmt hat?
24. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesfinanzminister Matthöfer am 24. April 1980 die Koalitionsfraktionen aufgefordert hat, im Verlauf der parlamentarischen Beratung des Antrags diese Aufforderung in einen Prüfungsantrag umzuwandeln?
25. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU) Welche Mehrausgaben im Hinblick auf die gegenwärtig noch gültige mittelfristige Finanzplanung bzw. die derzeitigen Planungen der zuständigen Bundesministerien würde es bedeuten, wenn bis 1985 das 0,7 v. H. Ziel erreicht werden würde, und wie soll der erwartete Mehraufwand aufgebracht werden?
26. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Warum ist die Bundesregierung dagegen (siehe Antwort auf meine Frage Nr. 36 in der Fragestunde vom 14. 5. 1980), daß bei selbstgenutzten Eigenheimen und Eigentumswohnungen die Umstellung der Wärmeerzeugung auf andere Brennstoffe als Heizöl in die Abschreibungsbegünstigung nach § 82 a EStDV einbezogen wird, obwohl auch bei dieser Umstellung moderne Technologien zum Einsatz kommen?
27. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung für vereinbar, daß die vorerwähnten Umstellungskosten bei Zweifamilienhäusern und Mietgrundstücken sofort als Erhaltungsaufwand abgezogen werden können, bei selbstgenutzten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen dagegen steuerlich nicht einmal im Rahmen der zehnjährigen Abschreibungen nach § 82 a EStDV berücksichtigt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

28. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Ist es nach Auffassung der Bundesregierung eine aus dem Grundgesetz sich ergebende und vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Pflicht, daß alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, mithin auch das Land Berlin, eine Politik führen müssen, die der freiheitlichen Wiedervereinigung unseres Landes dient, und falls ja, ist die Äußerung des Berliner Regierenden Bürgermeister Stobbe, die Wiedervereinigung „störe die für den Frieden wesentliche delikate Machtbalance zwischen Ost und West“, deshalb müsse die Teilung Deutschlands und Berlins zum Zwecke der Erhaltung des Friedens aufrecht erhalten werden (vgl. „Die Welt“ vom 2. Juni 1980), mit dieser Pflicht vereinbar?
29. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf das Land Berlin in dem Sinne einzuwirken, daß öffentliche Äußerungen seiner Amtsträger in der oben erwähnten Art vermieden, und durch ein klares Eintreten für die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit ersetzt werden?
30. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß am 1. Mai 1980 der 24jährige Stefan Antkowiak, wohnhaft Berlin-Weißensee, Straße 203 Nr. 11, vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet worden ist, weil er sich mit Mitgliedern der Jungen Union in Berlin (Ost) getroffen hat?
31. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls für die Freilassung des jungen Ost-Berliners zu unternehmen?
32. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Praxis, sich für Besuchsreisen von Bewohnern der DDR in die Bundesrepublik Deutschland nur im Rahmen bestehender Anordnungen der DDR einzusetzen (Schreiben vom 19. März 1980) mit ihrem Auftrag, für die Menschenrechte und insbesondere die Freizügigkeit aller Deutschen einzutreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

33. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) In welchem Umfang bewegt sich die gemeinsame deutsch-sowjetische Energieplanung, die für ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR von der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vorbereitet worden ist (Dolzer in Frankfurter Allgemeiner Zeitung vom 3. Juni 1980)?
34. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Warum informiert die Bundesregierung oft um einige Wochen später als einzelne Journalisten den an der parlamentarischen Kontrolle mitwirkenden Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages über wichtige außenpolitische Absichten, wie z. B. über die Traktandenliste und wichtige deutsche Vorschläge für die Moskauer Gespräche des Bundeskanzlers (Bonner Generalanzeiger vom 4. Juni 1980)?

35. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Woran liegt es, daß in der Volksrepublik Polen für die Erteilung von Visa zu Reisen in die Bundesrepublik Deutschland keine Außenstellen bestehen, so daß die Visaabteilung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der Betroffenen überfordert ist?
36. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Warum und in welcher Weise ist das Auswärtige Amt nach der Aufkündigung der Städtepartnerschaft zwischen Nürnberg und Krakau durch Krakau tätig geworden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

37. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Hat die bayerische Staatsregierung die vom Bund bereitgestellten Mittel für den Ankauf von Grundstücken im Bereich des künftigen Naturschutzgebiets „Lange Rhön“ in Anspruch genommen?
38. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Wenn nein, wie hoch war der entsprechende Mittelansatz, und sind der Bundesregierung die Gründe für die Nichtinanspruchnahme bekannt?
39. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Welche Berücksichtigung finden bei der Quotenverteilung zwischen den Unternehmen der Hochseefischerei die bereits vollzogenen Abwrackmaßnahmen, und hält die Bundesregierung die gegenwärtige Aufteilung für zweckmäßig?
40. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß in den Reedereien der Hochseefischerei unterschiedlich vorgenommenen Abwrackmaßnahmen nicht auch eine Korrektur der Quoten bei den Unternehmen der Hochseefischerei erforderlich macht?
41. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die der deutschen Hochseefischerei zur Verfügung stehenden Gesamtfangmengen intern vom Verband der deutschen Hochseefischerei auf die einzelnen Unternehmen der Hochseefischerei aufgeteilt werden, und wenn ja, welche Gründe sprechen für ein solches Verfahren?
42. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhältnis der Quoten der Hochseefischerei zur Kutterfischerei und das der Unternehmen der Hochseefischerei untereinander?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Lungenkrebs, der durch Nickelstaub hervorgerufen wird, als Berufskrankheit anzuerkennen bzw. asbestbedingte Krebskrankheiten der Atemwege in den Berufskrankheitenkatalog aufzunehmen, wie u. a. vom DGB gefordert wird?

44. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Überlegungen bestehen bei der Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß krebserzeugende Arbeitsstoffe durch andere ungefährliche Arbeitsstoffe ersetzt bzw. Arbeitnehmer davor geschützt werden können, mit solchen oder ähnlichen gefährlichen Arbeitsstoffen in Berührung zu kommen, um zu verhindern, daß solcherart beschäftigte Arbeitnehmer an Krebs erkranken?
45. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Bezieht sich der Bundesarbeitsminister auf Brutto- oder Nettolöhne, wenn er, wie z. B. laut Pressemitteilung auf dem SPD-Parteitag, erklärt, daß die Löhne von 1969 bis heute um 122 v. H., die Renten dagegen um 143 v. H. gestiegen seien?
46. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Um wieviel stiegen die Brutto- bzw. die Nettoentgelte und zum Vergleich dazu die Renten in der Zeit von 1957 bis 1969, und wie hoch waren die durchschnittlichen Abzüge – Lohnsteuern und Sozialabgaben – in den Jahren 1960, 1970 und 1980?
47. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die in der vergleichenden Intersofo-Untersuchung „Humanisierung des Arbeitslebens“ vorgeschlagene Modellphase durchzuführen, und wann und wie soll dieses gegebenenfalls geschehen?
48. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Sind der Bundesregierung Ermittlungen der Steuerfahndungsstelle Dortmund und der Stadt Gelsenkirchen bekannt, wonach insbesondere im Raum Gelsenkirchen/Bottrop und Gladbeck illegale „Verleihfirmen“ in großem Umfang ausländische Arbeitnehmer an örtliche Unternehmen verleihen, ohne Sozialversicherungsbeiträge, Lohnsteuern oder Umsatzsteuern abzuführen, und wonach die Kommunen überfordert sind, mit dem Problem der „mafiahafte“ organisierten Firmen, die z. T. illegal eingereiste Ausländer beschäftigen, fertig zu werden (siehe WAZ vom 22. Mai 1980)?
49. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung, Konsequenzen aus diesen Ermittlungen zu ziehen, um die Tätigkeit dieser illegalen „Arbeitnehmerüberlasser“ für die Zukunft zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

50. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Warum ist es der Bundesregierung nicht gelungen, die DDR dazu zu bewegen, die vorhandene sieben Kilometer Autobahnstrecke von Obersuhl nach Sallmannshausen für den Verkehr freizugeben, so daß alle Fahrzeuge auch nach den jüngsten Abmachungen mit der DDR auf dem Weg von der Autobahnabfahrt Obersuhl nach Herleshausen und umgekehrt einen 18 Kilometer langen Umweg machen müssen?
51. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die endgültige Verkehrsführung von der Autobahnabfahrt Obersuhl nach Herleshausen und umgekehrt, und welche Kosten werden für mögliche neue Autobahn- bzw. Straßenführungen entstehen?

52. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Muß das Verhalten des Bundespostministers im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit mit der Firma Jäger KG aus Remagen — in dem die Deutsche Bundespost unterlag, dann aber durch die 13. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung vom 13. Dezember 1979 die Rechtsgrundlage so veränderte, daß die Firma Jäger KG aus ihrem Obsiegen im Rechtsstreit keinerlei Nutzen ziehen konnte — nicht so gewertet werden, daß jedermann darin einen Versuch erkennen kann, mittelständische Unternehmen von Aufträgen der Deutschen Bundespost fernzuhalten, und ist sich die Bundesregierung dessen gegebenenfalls bewußt?
53. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Wie lange müssen derzeit Fernsprechteilnehmer durchschnittlich warten, wenn sie fernmündlich die Nummer eines Telefonbesitzers bei einer Auskunftsstelle erfragen, und gibt es bestimmte Spitzen- und Wartezeiten?
54. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Ist dem Bundespostminister bewußt, daß die jetzige Reduzierung der amtlichen Fernsprechbücher auf einen oder zwei Telefonbereiche (beispielsweise umfaßte das amtliche Fernsprechbuch Nummer 36 1979/80 die Bereiche Darmstadt, Hanau und Friedberg, das Buch Nummer 36 1980/81 nur noch den Bereich Darmstadt) zu einer stärkeren Inanspruchnahme der Telefonauskunft führt und führen wird, und ist er bereit, die örtlichen Telefonauskunftsstellen dort personell zu verstärken, wo in letzter Zeit durch die Begrenzung der Fernsprechbücher zwangsläufig die Fernsprechauskunftsstellen mehr als bisher durch Anfragen in Anspruch genommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

55. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Trifft es zu, daß alle 3200 türkische Lehrer und Erzieher in deutschen Kindergärten und Schulen in ihre Heimat zurückbeordert und durch regimtreue Lehrer ersetzt werden sollen, wie die Presse meldet?
56. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) Welche Maßnahmen stehen der Bundesregierung zur Verfügung, um gegebenenfalls diese „Austauschaktion“ zu verhindern?
57. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Ist der Bundesregierung der jüngste programmatische Bericht des Präsidenten des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz bekannt, und wie beurteilt sie diesen Bericht gegebenenfalls im Hinblick auf die Möglichkeiten, die Forschungstätigkeit dieser neuartigen europäischen Einrichtung noch gezielter in den Dienst des Integrationsprozesses innerhalb der EG zu stellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

58. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung bisher geweigert, konkret darüber Auskunft zu geben, welche Entwicklungshilfeleistungen sie in den kommenden Jahren erbringen will, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Aussage von Bundeskanzler Schmidt, zur Ehrlichkeit eines Wahlprogramms gehöre es zu sagen, was verwirklicht werden kann und was nicht?
59. Abgeordnete
Frau
Fischer
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß sie angesichts der derzeitigen finanziellen Lage des Bundes bis 1985 das 0,7 v. H. Ziel erreichen kann?
60. Abgeordneter
Höffkes
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es mit der deutschen Glaubwürdigkeit in der Dritten Welt vereinbar ist, wenn jetzt erneut eine Bemühenserklärung abgegeben wird, daß das 0,7 v. H. Ziel bis Ende der 80er Jahre erreicht werden soll, obwohl trotz einer solchen Bemühensklausel für die 70er Jahre dieser Anteil im Durchschnitt erheblich geringer war als in den 60er Jahren?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung gegenüber der Forderung Frankreichs nach einer Änderung des Kapitels VI des EAG-Vertrags, und wie beurteilt sie das während der Tagung des Rats am 18. September 1979 von französischer Seite vorgelegte Memorandum über die entsprechende Änderung des Euratom-Vertrags?
2. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung inzwischen die Ergebnisse der bei der Tagung des Rats vom 18. September 1979 gemäß Artikel 76 des EAG-Vertrags vereinbarten Prüfung der französischen Forderung durch die Kommission sowie von unabhängigen einzelstaatlichen Sachverständigen vor, und wie beurteilt sie diese Stellungnahmen?
3. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung darüber informiert, wann die Kommission den vereinbarten Bericht über diese Arbeit und entsprechende, konkrete Vorschläge für das weitere Verfahren vorlegen wird?
4. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Gibt es Überlegungen oder Informationen der Bundesregierung, wann sich der Rat zum Inhalt einer etwaigen Revision des Kapitels VI des Euratom-Vertrags konkret äußern wird?
5. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP) Beabsichtigt die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Raumnot und der mangelnden Voraussetzungen für den Sportunterricht an der Deutschen Schule Lissabon?
6. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Schulbetrieb und das Verhältnis zwischen deutschen und portugiesischen Schülern durch die Einrichtung kleinerer Klassen in der Deutschen Schule Lissabon zu verbessern?
7. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Ist der Bundeskanzler bereit, bei seinem geplanten Besuch in Moskau der sowjetischen Führung gegenüber die erbarmungsvolle und grausame Situation von katholischen Ordensschwestern und Geistlichen sowie Lehrern und Professoren in Litauen zur Sprache zu bringen?
8. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die ständige Auskunft des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Nachteile, insbesondere im beruflichen Bereich und im Ausbildungssektor, die im Verlauf eines Übersiedlungsverfahrens aus der DDR auftreten könnten, vermöge die Bundesregierung nicht abzuwenden, daraufhin zu überprüfen, ob sie sich in diesem Fall nicht die eindeutigen Formulierungen des Schlußdokuments der IV. Interparlamentarischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel zunutze machen will, die genau diese Diskriminierungen eindeutig verbietet und auch die Zustimmung der DDR gefunden hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Übersiedlungsbewerbungen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland beim Roten Kreuz oder anderen zuständigen Stellen derzeit registriert sind?
10. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Ausiedlungsbewerbungen von Deutschen aus der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der CSSR beim Deutschen Roten Kreuz oder anderen zuständigen Stellen derzeit registriert sind?
11. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den organisatorischen Aktivitäten und wachsenden Gewalttätigkeiten extremistischer Türken in der Bundesrepublik Deutschland, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „schwere Bedrohung“ der inneren Sicherheit beurteilt werden, mit mehr Nachdruck als bisher entgegenzutreten, und wenn ja, welche Möglichkeiten ergeben sich für entsprechende Gegenmaßnahmen?
12. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welche Pläne bestehen hinsichtlich der personellen und materiellen Unterbringung der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes in Wiesbaden?
13. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welches ist der Stand der Verwirklichung dieser Pläne, und was steht der Verwirklichung gegebenenfalls im Wege?
14. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Empfiehlt und fördert die Bundesregierung die private Anschaffung von Schutzkleidung und Atemschutzgeräten gegen die Auswirkungen von Giftstoffen und Radioaktivität in Kriegs- und Katastrophenfällen, und wie beurteilt sie das gegenwärtige Marktangebot an solchen Artikeln?
15. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Bedeutet die in „Umwelt“ Nummer 75 enthaltene Stellungnahme des Bundesinnenministers zu § 7 des Atomgesetzes, eine Konkretisierung sicherheitstechnischer Grundanforderungen im Gesetz oder in einer Verordnung führe zu der Gefahr, die Entwicklung der Sicherheitstechnik zu beeinträchtigen, daß die Bundesregierung entgegen ihrer bisherigen Auffassung wie sie bei den Vorarbeiten für die 5. Novelle des Atomgesetzes oder noch in ihrer Veröffentlichung in „Umwelt“ Nummer 68 „Konkretisierungen atomrechtlicher Vorschriften durch Regeln der Technik“ deutlich geworden ist, eine Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe des Atomrechts heute nicht mehr für erforderlich hält, und wie vereinbart sie diese Auffassung mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Kalkar, die bestehende Rechtsunsicherheit könne durch Rechtsverordnungen der Exekutive verringert werden?
16. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, jenen Deutschen, die nach dem Aufruf zum Olympiaboykott von Bundesregierung und Bundestag und nach dem Boykottbeschluß des Nationalen Olympischen Komitees in Solidarität auf eine Reise zu den Olympischen Spielen nach Moskau verzichtet haben, und die bereits einen Anspruch auf Teil-

- nehmerkarten erworben hatten, die Kosten für die Teilnehmerkarten ganz oder wenigstens teilweise zu erstatten, oder vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Bürger das Risiko, das mit der solidarischen Haltung verbunden ist, völlig allein zu tragen haben?
17. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat die französische Regierung auf den Vorschlag des Bundeskanzlers nach dem Harrisburg-Störfall reagiert, die Sicherheit von Kernkraftwerken international anzuheben und zu harmonisieren, und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Konsequenzen Frankreich national aus dem Störfall gezogen hat?
18. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat die britische Regierung auf den Vorschlag des Bundeskanzlers nach dem Harrisburg-Störfall reagiert, die Sicherheit von Kernkraftwerken international anzuheben und zu harmonisieren, und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Konsequenzen Großbritannien national aus dem Störfall gezogen hat?
19. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat die amerikanische Regierung auf den Vorschlag des Bundeskanzlers nach dem Harrisburg-Störfall reagiert, die Sicherheit von Kernkraftwerken international anzuheben und zu harmonisieren, und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Konsequenzen die USA national aus dem Störfall gezogen haben?
20. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat die Regierung der UdSSR auf den Vorschlag des Bundeskanzlers nach dem Harrisburg-Störfall reagiert, die Sicherheit von Kernkraftwerken international anzuheben und zu harmonisieren, und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Konsequenzen die UdSSR national aus dem Störfall gezogen haben?
21. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung Pläne eines nordrhein-westfälischen Chemieunternehmens, jährlich 250 000 Tonnen chemischer Abfälle und Säuren (Dünnsäure) in den Rhein einzubringen unter dem Gesichtspunkt der bisherigen Bemühungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Verbesserung der Qualität des Rheinwassers?
22. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem wasserwirtschaftlichen Gutachten des niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung vom 19. Dezember 1979, das im Bereich des Wasserwerks Helmstedt oder aller Wasserwerke im Grundwasserabgabebereich der Aller eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung durch radioaktiv verseuchte Grundwasserzuflüsse aus dem Gebiet der Atommülldeponie der DDR in Bartensleben als möglich bezeichnet?
23. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung in den innerdeutschen Gesprächen von den DDR-Behörden umgehend und mit Nachdruck Aufschluß über die Technik der Atommüllinlagerung im Schacht Bartensleben, die Qualität der eingelagerten Stoffe, die Sicherheitsbestimmungen und -anlagen sowie die Grundwasserfließrichtungen im Bereich Bartensleben und der Salzstruktur Allertal verlangen, und ist sie bereit, an der innerdeutschen Grenze auf Bundeskosten die im Gutachten vorgeschlagenen zusätzlichen Wassermeßstellen zur Gefahrenfrüherkennung zu errichten und zu unterhalten?

24. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber oder gedenkt sie Erkenntnisse darüber einzuholen, welche Finanzquellen, Geldgeber, Unterstützer oder Sympathisanten vorhanden sind, die es den „Gorleben-Besetzern“ ermöglicht haben, ohne lohnbringende Arbeit viereinhalb Wochen bei der Bohrstelle in Gorleben auszuharren?
25. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Erzbischöflichen Ordinariats München, daß die Störaktion am 10. Juni 1980 in der Universität München gegen den Erzbischof von München und Freising, Se. Eminenz Joseph Kardinal Ratzinger, von einer Gruppe durchgeführt worden sei, die „eindeutig marxistisch und politisch linksradikal einzustufen sei“, das Niederbrüllen des Kardinals „an die Zustände der Zeit des Nationalsozialismus erinnere“, „bei dieser Bedrohung Widerstand geleistet werden müsse“, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Vorgang zu ziehen?
26. Abgeordneter
Schetter
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) im DGB anlässlich der Betriebsmaifeier 1980 in den Heidelberger Stadt- und Bergbahnbetrieben mit dem ÖTV-Symbol versehene Bundesflaggen aufhängte, welches ist die Meinung der Bundesregierung dazu, und was will sie unternehmen, um solche Praktiken für die Zukunft zu verhindern?
27. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach Atommülltransporte aus der Bundesrepublik Deutschland über Bundesautobahnen ins benachbarte Frankreich geleitet werden?
28. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Welche Dienststellen bzw. Einrichtungen des Bundes sollen in Schleswig-Holstein aufgelöst, zusammengefaßt oder in andere Bundesländer verlegt werden, und wann ist mit diesen Maßnahmen zu rechnen?
29. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist in den letzten Jahren eine Verschlechterung der Wasserqualität der Eider, die heute praktisch ein stehendes Gewässer ist, festgestellt worden, und kann dieser Fluß trotz der Umweltbelastung noch bedenkenlos als Angelgewässer empfohlen werden?
30. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie viele Beamte sollen für die grenzpolizeiliche Kontrolle des 1 600 m langen Abschnitts zwischen der künftigen Grenzkontrollstelle Herleshausen und der Zonengrenze eingesetzt werden, werden diese Beamten zum bisherigen Personal zusätzlich zugeteilt und soll diese Kontrolle vom Bundesgrenzschutz oder von der Zolldienststelle wahrgenommen werden?
31. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wieviel Lastkraftwagen passieren im Jahresdurchschnitt den Zonengrenzübergang Herleshausen und wieviel davon stammen aus der DDR?
32. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Malsch im Zuge der L 608 zu rechnen?

33. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Auf welchen Überlegungen und Gutachten zur Größenordnung einer Wiederaufarbeitungsanlage beruht die für Hessen beabsichtigte Wiederaufarbeitungsanlage?
34. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Trifft es zu, daß die von der Bundesregierung beabsichtigten Untersuchungen über Kapazitäten von Wiederaufarbeitungsanlagen eine längere Zeit in Anspruch nehmen werden und für die in Hessen beabsichtigte Wiederaufarbeitungsanlage nicht herangezogen werden?
35. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Wie weit ist die Aufstellung einer zusätzlichen Einsatzabteilung des Bundesgrenzschutzes im Raum Frankfurt/Wiesbaden (Fort Biehler) in bezug auf die Erstellung der Unterkünfte und die Bereitstellung von Personal gediehen, und welche Gründe stehen einer schnelleren Verwirklichung dieses Ziels entgegen?
36. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In wieviel Auflagen, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt ist bisher die vom Bundesinnenminister herausgegebene „Umwelt Zeitung“ erschienen?
37. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welcher Verteilung ist diese Zeitung erschienen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung im Rahmen ihrer Verhandlungen mit dem Berliner Finanzsenator bekannt, in welchem Umfang sich die geplanten steuer- und familienpolitischen Entlastungsmaßnahmen auf Berlin finanziell auswirken?
39. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wieviel zusätzliche Kräfte müssen bei den Finanzämtern beschäftigt werden, um die neuerdings nach § 13 a Abs. 8 (neu) EStG vorgeschriebene Einnahme-Ausgabe-Rechnung für „Sonderkulturen, weinbaulicher Nutzung, gärtnerischer Nutzung, sonstiger land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, Nebenbetrieben, Abbauland sowie Geringstland, wenn die hierfür nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes ermittelten Werte zuzüglich oder abzüglich der sich nach Absatz 4 Nr. 3a ergebenden Werte 2 000 DM übersteigen“ zu überprüfen?
40. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Gibt es angesichts der angekündigten, zum Teil erheblichen Benzinpreiserhöhungen neue Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, die Kilometerpauschale zugunsten der Arbeitnehmer im ländlichen Raum zu erhöhen?
41. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Inwiefern ist, wie im Bonner General-Anzeiger vom 3. Juni behauptet, der mehrwertsteuerliche pauschale Vorwegabzug eine „zusätzliche Vergünstigung für die Bauern“, und welche Funktion hat diese Vorsteuerpauschale wirklich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

42. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um einer Fehlentwicklung durch sektorale Förderprogramme, mit denen die meisten europäischen Regierungen ihren Textilindustrien unter die Arme greifen, entgegenzusteuern, nachdem sich Auflagen und Kontrollmaßnahmen der Kommission bei den Branchenbeihilfen häufig als unwirksam erweisen?
43. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) In welcher Höhe wurden die Konjunkturprogramme der letzten drei Jahre zu Lasten des Bundes bzw. der Länder finanziert und zwar aufgeteilt nach Zuschüssen und Steuerermäßigungen?
44. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung aus entsprechenden Haushaltsmitteln für die Strukturförderung im Bereich der rheinland-pfälzischen Kreise Ahrweiler und Koblenz (Koblenz-Mayen) im Jahr 1980 vorgesehen bzw. eingeleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

45. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht vieler Naturschützer und Jäger, daß die Zerstörung von Biotopen und die Verwendung von Pestiziden für den Rückgang freilebender Tierarten verantwortlich sind, und gegebenenfalls welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, im Rahmen der Flurberreinigung und des allgemeinen Flächenschutzes, künftig eine Verbesserung der Biotope zu erreichen?
46. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wieviel Überschüsse an Getreide, Rindfleisch, Milch- und Milchprodukten sind derzeit größenordnungsmäßig innerhalb des EG-Agrarmarkts eingelagert?
47. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wie hoch sind die jährlichen Gesamtkosten, die der EG für diese Überschüsse entstehen (Produktion, Subvention, Lagerung, Intervention)?
48. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Sind in den letzten fünf Jahren Überschüsse dieser Art im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an bedürftige Entwicklungsländer geliefert worden, und falls ja, in welcher Menge, falls nein, warum nicht?
49. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, bei den zuständigen Gremien der EG für eine (verstärkte) Lieferung von Nahrungsmittelüberschüssen an bedürftige Entwicklungsländer einzutreten?
50. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Inwieweit führt die Belastung der Nordsee vor der schleswig-holsteinischen Westküste zu Erkrankungen der Fische, und wie wird ausgeschlossen, daß umweltbedingt erkrankte Fische, deren Verzehr gesundheitsschädlich sein könnte, in den Handel kommen?

51. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Erfolge in Richtung auf eine vernünftiger europäische Agrarpolitik hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihrer Zustimmung zum Brüsseler Kompromiß über die Beitragszahlungen Großbritanniens durchgesetzt?
52. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf, daß der erste Entwurf einer neuen Bundesartenschutzverordnung in keiner Weise geeignet sei, momentan oder nachhaltig in Zukunft die bedrohliche Lage der deutschen und — durch die Flut der Importe berührt — auch der vielen außerdeutschen Tier- und Pflanzenarten zu stabilisieren und zu verbessern?
53. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Aus welchen Gründen ist der Schutz gefährdeter Arten von den einheimischen auf sämtliche europäischen Wirbeltierarten (Säugetiere, Vögel, Fische, Amphibien, Reptilien) nicht ausgedehnt und ein Importverbot für gefährdete Tier- und Pflanzenarten nicht in die Bundesartenschutzverordnung aufgenommen worden, obwohl eine gesetzliche Ermächtigung dazu vorliegt?
54. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Aus welchen Gründen sind in die Artenschutzverordnung einheimische gefährdete jagdbare Tiere nicht aufgenommen worden, und warum fehlen in ihr Bußgeldbewährungen, durch die alleine die Durchsetzung und Wirksamkeit der Verordnung garantiert werden könnte?
55. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Warum enthält die Verordnung keine bundeseinheitliche Regelung über einen effizienten Biotopschutz, obwohl doch die Vernichtung der Lebensräume eine der Hauptursachen des fortschreitenden Artenrückgangs ist?
56. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Sind die mit der Gründung der Bundesforschungsanstalt für Ernährung im Jahr 1974 verbundenen Vorstellungen verwirklicht worden, und welches sind die zwei wichtigsten Erkenntnisse, die dort bisher erarbeitet worden sind?
57. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob Stickstoffdüngung die Gesundheit bedroht, und welche Konsequenzen sind gegebenenfalls aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?
58. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Trifft es zu, daß im Fleisch Gift auf den Tisch unserer Verbraucher kommt — wie aus Pressemeldungen hervorgeht —, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesem Sachverhalt zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

59. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) Vor welchen Betriebs-, Belegschafts- oder Personalversammlungen werden bis zum 5. Oktober 1980 Mitglieder der Bundesregierung sprechen, und wie rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Auftritte?

60. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Ist der Bundesregierung die Dokumentation „Das Problem der illegalen Arbeitnehmerüberlassung“ der Stadt Gelsenkirchen bekannt, die vielfältige Lücken im geltenden Arbeitnehmerüberlassungsgesetz offenbart, bekannt, und welche konkreten gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Arbeitsvermittlung – vor allem auf dem Bausektor – plant die Bundesregierung angesichts der wachsenden Zahl von Leiharbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland?
61. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, wo und wann im Zeitraum Januar 1978 bis einschließlich Mai 1980 Regierungsvertreter Unternehmen bzw. Betriebe ohne Bundesbeteiligung besucht haben?
62. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Kann sie ferner mitteilen, wo und wann dabei auf Betriebs- oder Personalversammlungen und zu welchen Themen referiert wurde?
63. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Welche Besuche bei Unternehmen bzw. Betrieben ohne Bundesbeteiligung sind im Zeitraum Juni 1980 bis Dezember 1980 beabsichtigt?
64. Abgeordneter
Volmer
(CDU/CSU) Zu welchen Themen soll gegebenenfalls auf Betriebs- oder Personalversammlungen referiert werden?
65. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung vom aktuellen Stand der Gesetze zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft gemessen an den entsprechenden EG-Richtlinien und gemessen an der für die Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Lösung?
66. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welchen Anteil bei den jährlichen Krebstoten in der Bundesrepublik Deutschland die Krebstoten mit arbeitsbedingten Ursachen haben?
67. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Zahl der durch den Umgang mit krebserregenden Arbeitsstoffen bedingten Krebstoten jährlich in Baden-Württemberg ist?
68. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Verpflichtung des Arbeitgebers, Bewerbungen von Schwerbehinderten mit dem Vertrauensmann der Schwerbehinderten zu erörtern, in der Regel eingehalten?
69. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Einhaltung dieser Bestimmung bei den Dienststellen des Bundes durch ein besonderes Rundschreiben hinzuweisen?
70. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach für die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) zu verantwortende und organisierte Ausstellung „Sicherheit 80“ bei nur 4 500 zahlenden Besuchern Kosten in Höhe von 2,5 Millionen DM entstanden sind, und daß dies damit die teuerste Ausstellung in der Geschichte der Dortmunder Westfalenhalle ist?

71. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Gründe gab es gegebenenfalls für die BAU, ohne realistische Annahmen über mögliche Besucherzahlen, eine Ausstellung in derart aufwendiger Weise zu finanzieren?
72. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Verwaltung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Zukunft zu einem sparsamen Umgang mit Steuermitteln zu veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

73. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, nicht nur für die Geheimnisträger der Geheimhaltungsstufe II, sondern für alle Soldaten der Bundeswehr Reisen zu den Olympischen Spielen in die Sowjetunion zu untersagen?
74. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, Soldaten der Bundeswehr als aktiven Teilnehmern an den Olympischen Spielen die Reise in die Sowjetunion auch dann nicht zu genehmigen, wenn das Nationale Olympische Komitee einen Boykott der Olympischen Spiele ablehnt?
75. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Gibt es im Bundesverteidigungsministerium Richtlinien über den Empfang und Informationsgespräche mit Besuchergruppen sowie über deren Verköstigung in der Truppenküche oder im Offizierskasino, und sind gegebenenfalls diese Richtlinien allen Bundestagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht worden, und wenn nein, warum nicht?
76. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß insbesondere im Bereich der Wehrbereichsverwaltung II bei der Neuvergabe des Auftrags an Privatunternehmen des Bewachungsgewerbes die betroffenen Arbeitnehmer in den militärischen Anlagen erst so spät unterrichtet wurden, daß diese nicht in der Lage waren, hinsichtlich möglicher Abfindungen, Änderungskündigungen oder ähnlichem zu reagieren, und sieht die Bundesregierung bejahendenfalls in diesem Vorgang einen Eingriff in die Arbeits- und Tarifrechte der betroffenen Arbeitnehmer?
77. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Erwägt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, die Richtlinien bei der Neuvergabe von Aufträgen an Privatunternehmen des Bewachungsgewerbes durch das Bundesverteidigungsministerium zu überarbeiten oder neuzugestalten?
78. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Angaben Brüsseler Nato-Experten bestätigen, daß der Warschauer Pakt gegenwärtig 55 000 Kampfpanzer an der Westgrenze seines Imperiums einsatzbereit hält, davon ein Viertel in der DDR, und daß bis 1981 6 000 Panzer vom Typ T 72 an die sowjetischen Elitedivisionen in Mitteldeutschland ausgeliefert werden?

79. Abgeordneter
Voigt
(**Sonthofen**)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Kostenaufwand für die Depotinstandsetzung pro Tank-Lkw (Einsatz in den Transportbataillonen der Korps) im Vergleich zur Neuanschaffung eines Tank-Lkw, bzw. wie hoch sind die Kosten pro Jahr 1977, 1978, 1979 für die Depotinstandsetzung der Tanklastwagen im Vergleich zur Gesamtsumme für die Beschaffung dieser neuen Tank-Lkw für die Bundeswehr?
80. Abgeordneter
Voigt
(**Sonthofen**)
(CDU/CSU)
- Ab wann werden die Transportbataillone mit diesen neuen Tanklastwagen ausgerüstet?
81. Abgeordneter
Voigt
(**Sonthofen**)
(CDU/CSU)
- Wie alt (Baujahr) sind durchschnittlich die in den Transportbataillonen im Einsatz befindlichen Tanklastkraftwagen bzw. wie hoch ist der „Einsatzklarstand“ dieser Lastkraftwagen, und ist damit die Durchführung des Einsatzauftrags der Transportbataillone voll gewährleistet?
82. Abgeordneter
Voigt
(**Sonthofen**)
(CDU/CSU)
- Warum werden nach Nürnberg zu den dort stationierten Verbänden, Einheiten und Dienststellen der Bundeswehr Soldaten zur Ableistung ihres Wehrdienstes aus Entfernungen bis zu 200 km einberufen, obwohl das Aufkommen an wehrdienstfähigen Männern im Raum Nürnberg jährlich ca. 5 000 beträgt, somit der Bedarf der Truppe durch Einberufung der Wehrpflichtigen unmittelbar aus dem heimatnahen Bereich Nürnberg gedeckt werden könnte und damit erhebliche Mehrarbeit in der Truppe durch Entscheidungen über Versetzungsgesuche von vornherein vermieden und die Weiterverpflichtungen als Soldat auf Zeit erheblich vermehrt werden könnten?
83. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß es sich als unbillige Härte auswirken muß, wenn ein Wehrpflichtiger, der sich gemäß § 13 a des Wehrpflichtgesetzes auf mindestens zehn Jahre als Helfer im Katastrophenschutz verpflichtet und diese Aufgabe aus Gründen, die er nicht selbst zu vertreten hat, nicht über die gesamte Zeit erfüllen kann, noch zum vollen Grundwehrdienst herangezogen wird, und falls das zutrifft, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um hier Klärung – eventuell durch Anrechnung der im Katastrophenschutz geleisteten Dienstzeit – zu schaffen?
84. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zwei bisher für die Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehene amerikanische Divisionen in den Nahen Osten verlegt werden sollen, und falls ja, auf welche Weise soll jetzt die von den Amerikanern offensichtlich als notwendig angesehene Verstärkung der militärischen Kampfkraft der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte erreicht werden?
85. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben, wie lange im Regelfalle die Bearbeitung von Freiwilligenbewerbungen für den Dienst in der Bundeswehr dauert, und ist sichergestellt, daß der Verfahrensablauf so zügig abgewickelt wird, daß sich Bewerber im Falle der Nichtannahme noch ohne wesentlichen Zeitverlust anderweitig orientieren können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

86. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung Presseberichte — u. a. Frankfurter Rundschau vom 15. April 1980, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 1980 —, daß offenbar in der Behandlung von Heroinabhängigen und möglicherweise auch von Alkoholikern ein entscheidender Fortschritt in den USA durch Einsatz eines aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Präparats erzielt werden?
87. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, ob in der Bundesrepublik Deutschland ähnliche klinische Tests zur Behandlung von Heroinsüchtigen durchgeführt werden, oder beabsichtigt die Bundesregierung, diese offensichtlich wesentlich menschenwürdigere und wirksamere Behandlungsmethode in der Bundesrepublik Deutschland an Kliniken zu fördern, wodurch die Entzugsproblematik entscheidend verbessert werden könnte?
88. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) In welchem Umfang werden in der Bundesrepublik Deutschland Grundwasservorräte für industrielle und gewerbliche Zwecke genutzt, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt, und was kann gegebenenfalls getan werden, um der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser aus einwandfreiem Grundwasser aus grundsätzlichen Erwägung den Vorrang einzuräumen?
89. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Informationen des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge bestätigen, daß die DDR-Behörden in letzter Zeit verstärkt deutsche Soldatengräber eingeebnet haben, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls bisher hiergegen unternommen?
90. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Sind der Bundesregierung Untersuchungen über negative Auswirkungen beim regelmäßigen Gebrauch von Wegwerfwindeln in der Babypflege bekannt, und welche Schlüsse zieht sie daraus für Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz?
91. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen (Stern Nummer 23), wonach süddeutsche Ärzte es ablehnen, Schwangerschaftsunterbrechungen durchzuführen, die Antrag stellenden Frauen aber gleichzeitig an ärztliche Einrichtungen in Österreich verweisen, an deren Honorar die deutschen Ärzte dann beteiligt sein sollen, und was kann die Bundesregierung gegebenenfalls in ihrem Verantwortungsbereich tun, um eine solche Praxis in Zukunft zu unterbinden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

92. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Einstellung der Bahnverbindung zwischen Müllheim und Neuenburg durch die Deutsche Bundesbahn weiterhin für zweckmäßig, obwohl die als wichtigste Begründung für

- die Einstellung angegebene Aufhebung der Verbindung zwischen Mulhouse und Chalampé seitens der französischen Eisenbahnverwaltung inzwischen rückgängig gemacht wurde?
93. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welches ist der Stand der Planungen des Neubaus der Bundesstraße 29 im Bereich Schorndorf, wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Hangtrasse mit den vorgeschlagenen Umweltschutzmaßnahmen?
94. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß im Straßenverkehr der Bundesrepublik Deutschland der Kraftstoffverbrauch sowie die Zahl der Unfälle im Mittel an Sonntagen außerhalb der Urlaubszeit sind, und wie werden die Auswirkungen des Aufrufs zum „autofreien Sonntag“ am 8. Juni auf diese Größen von der Bundesregierung eingeschätzt?
95. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP) Warum gilt in der Bundesrepublik Deutschland bei Autoreifen eine Mindestprofiltiefe von 1 mm, während in anderen Ländern wie USA, Österreich oder der Schweiz 1,6 mm gesetzlich vorgeschrieben sind?
96. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die einen Zusammenhang zwischen Unfallsicherheit und Reifenprofiltiefe erkennen lassen?
97. Abgeordneter
Jung
(FDP) Trifft es zu, daß infolge der Türkeihilfe die dem Land Rheinland-Pfalz zugesagten Straßenbaumittel so stark gekürzt wurden, daß ein erheblicher Teil des für dieses Jahr geplanten Ausbaus der Bundesstraßen nicht durchgeführt werden kann?
98. Abgeordneter
Jung
(FDP) Können von den Kürzungen solche Ortsdurchfahrten ausgenommen werden, z. B. Rinntal – B 10 –, bei denen der Ausbau wegen gleichzeitig durchgeführter Kanalisationsmaßnahmen unumgänglich ist, um erhebliche Verkehrsbehinderungen zu vermeiden?
99. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Treffen Berichte zu, wonach das nordrhein-westfälische Chemieunternehmen bei dem Deutschen Hydrographischen Institut in Hamburg um die Erteilung der Genehmigung zur Einbringung großer Mengen von chemischen Abfällen und Säuren in die Nordsee (Deutsche Bucht) nachsucht, und welche konkreten Einzelheiten sind der Bundesregierung hierüber bekannt?
100. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die eventuelle Einbringung weiteren giftigen Abfalls in die Nordsee angesichts neuerer Forschungsergebnisse von Meeresbiologen (Stenographischer Bericht über die 212. Sitzung, Seite 17054), wonach die Grenze der Aufnahmefähigkeit der Deutschen Bucht für Schadstoffe erreicht ist, da sich insbesondere die Sauerstoffbilanz des Meerwassers kontinuierlich verschlechtert?

101. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung weiterhin der Meinung, daß trotz der in Frage 100 genannten Forschungsergebnisse von Meeresbiologen keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die eine Überprüfung des vorzeitigen Widerrufs der Erlaubnis der jährlichen Einbringung von 750 000 Tonnen giftigen Abfalls durch ein Chemieunternehmen aus Nordenham rechtfertigen?
102. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in Anbetracht eines Fehlbedarfs von 2 000 Lokführern bei der Deutschen Bundesbahn die Beförderungsmöglichkeiten für Lokführer dermaßen schlecht sind, daß in diesem Personalbereich eine große Unzufriedenheit herrscht, die gleichbedeutend ist mit einem großen Verlust an Eigeninitiative und Idealismus?
103. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Mittel für die verkehrsgerechte Einmündung der Kreisstraße 4512 in die Bundesstraße 35 in Mühlacker, Ortsteil Lienzingen, bereitzustellen, und wie hoch werden die Kosten für diese Maßnahme geschätzt?
104. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach der Umstellung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße zwischen Honau und Reutlingen die Bahnbusse infolge der beim Stilllegungsbeschluß vorhersehbaren Verkehrsverhältnisse teilweise so viel Verspätung hatten, daß die Anschlußzüge in Reutlingen nicht mehr erreicht werden konnten, und was will die Bundesregierung tun, die Einhaltung der Zuganschlüsse in der gleichen Weise sicherzustellen, wie das vor der Stilllegung des Personenverkehrs auf der Schiene der Fall war?
105. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen war es der Deutschen Bundesbahn möglich, nach der Umstellung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße zwischen Honau und Reutlingen 19 neue Busfahrten einzusetzen, während auf Linien, in denen die Schulbusse teilweise in unzumutbarer Weise überfüllt sind, die Einrichtung von zusätzlichen Busfahrten mit der Begründung abgelehnt worden sind, dafür seien keine Finanzmittel vorhanden?
106. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Bei welchen in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallenden Brücken sind nach dem 1. Januar 1979 in Schleswig-Holstein Schäden festgestellt worden, und inwieweit führten diese Schäden zu einer Personengefährdung oder Verkehrsbeeinträchtigung?
107. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten der Gemeinde Malsch einen direkten Anschluß an die BAB A 5 zu schaffen, nachdem die Gemeinde dies als Bedingung dafür ansieht, sich mit dem 6-spurigen Ausbau der BAB A 5 auf ihrer Gemarkung einverstanden zu erklären?
108. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen wurden die Bauarbeiten an der B 277 in der Ortslage Herborn plötzlich eingestellt und die Baustelle geräumt, obwohl die Maßnahme bereits zu ca. 80 v. H. fertiggestellt ist?

109. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wann ist mit der Weiterführung der Arbeiten zu rechnen?
110. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die B 49 zwischen Wetzlar und Weilburg vierspurig mit zwei getrennten Fahrbahnen derart auszubauen, daß die gegenwärtige Trasse beibehalten werden kann?
111. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die bei einigen Bundesbahnstrecken erfolgte Verlegung des Schienenpersonenverkehrs auf die Straße wieder rückgängig zu machen, falls mit den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften eine Einigung über den Ausgleich des Defizits erzielt werden kann?
112. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung ein Förderprogramm oder einen Sonderfonds zugunsten der deutschen Binnenschifffahrt oder für bestimmte Bereiche der Binnenschifffahrt aufzulegen, oder von welchen Überlegungen zur Lage der Binnenschifffahrt geht die Bundesregierung aus?
113. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß z. B. in einer Schifferstadt wie Haren/Ems in den letzten zwanzig Jahren zwar Seeschiffe, jedoch keinerlei Binnenschiffe in Auftrag gegeben werden konnten, zu steuerlichen Maßnahmen, wie zur Bildung einer steuerfreien Rücklage, zur steuerbegünstigten Ausgabe von „Schifffahrtsaktien“ oder zu anderen besonderen Hilfen bereit?
114. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Mißt die Bundesregierung der Entwicklung neuartiger Zink-Chlorid-Batterien für Elektroautos im Nahverkehr besondere Bedeutung bei, und kann sie bereits abwägen, welche Umweltauswirkungen durch Produktion, Aufladung und Entsorgung derartiger Batterien zu erwarten sind?
115. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Seit wann werden im Verantwortungsbereich des Bundes Rissesanierungen an Spannbetonbrücken durchgeführt?
116. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Wieviel Spannbetonbrücken wurden bis Ende 1979 saniert?
117. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Wieviel Spannbetonbrücken mußten erneut saniert werden, d. h. an welchen Brücken sind neben den bereits sanierten Rissen neue Risse aufgetreten?
118. Abgeordneter
Dr. Bußmann
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung der Bundesanstalt für Straßenwesen (siehe Mitteilung der Bundesanstalt für Straßenwesen 3/79), daß nach Untersuchung von sieben Länderstraßenbauverwaltungen über 251 Brücken mit Koppelfugen, von denen 86 als sanierungsnotwendig erkannt wurden, diese Stichprobe als repräsentativ angesehen werden kann für die Gesamtzahl der geschädigten Spannbetonstraßenbrücken mit Koppelfugen, und welche Zahl sanierungsreifer Brücken müßte danach insgesamt im Bundesfernstraßennetz angenommen werden?

119. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß auf der am 18. Dezember 1979 als Teilstück der BAB Heilbronn/Nürnberg übergebenen Kochertal-Brücke, bereits weniger als zwei Monate nach Inbetriebnahme, Schäden an der Fahrbahndecke und der darunter liegenden Schutzschicht auftraten, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung in Richtung Nürnberg erforderlich machen?
120. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wie lange wird die Behebung der Schäden voraussichtlich dauern, und wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die dafür anfallenden Kosten?
121. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Deutsche Bundespost bereit, in Wesseling ein neues Postamt zu errichten bzw. das bisherige Gebäude der Deutschen Bundespost in Wesseling zu renovieren, und können Angaben darüber gemacht werden, wann dies geschehen soll?
122. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß durch die Neueinteilung in Telefonnahbereiche die Bewohner ländlicher Gebiete im Vergleich zu den Bewohnern der Ballungsräume bei fernmündlichen Verbindungen zu wichtigen Behörden benachteiligt sind, dafür sorgen, daß die wichtigsten Behörden ähnlich dem Notruf, den Sportnachrichten und der Zeitansage besondere und kostenermäßigte Rufnummern erhalten?
123. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) Treffen Zeitungsmeldungen zu, nach denen für Telefongespräche in die DDR Gebühren auch dann gezahlt werden müssen, wenn eine Verbindung nicht zustande kommt?
124. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten zu erreichen, daß im Telefonverkehr mit der DDR Gebühren nur für zustande gekommene Gespräche erhoben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

125. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, wieder stärker den Genossenschaftsgedanken im Wohnungsbau zu beleben und die Voraussetzungen dafür zu verbessern, daß die Baugenossenschaften wieder verstärkt der ihnen nach dem Gemeinnützigkeitsrecht obliegenden Baupflicht nachkommen können?
126. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung insbesondere, die Genossenschaftsanteile den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und im verstärkten Maße wohnungssuchende Bewerber in die Genossenschaften aufzunehmen?
127. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach dem jetzigen Stand die den Kreisverwaltungsbehörden zugewiesenen Mittel für Heizenergieeinsparungszuschüsse und Aufwendungsdarlehen im regionalen Wohnbauprogramm des Bundes nur etwa zur

Hälfte zur Bedienung der bereits vorliegenden Anträge im Haushaltsjahr 1980 ausreichen, und was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, daß die Antragsteller im klimatisch und wirtschaftlich ungünstigen Zonenrandgebiet beihilfemäßig bedient werden können?

128. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung nach Auslaufen des 5. Konjunkturprogramms weitere konjunkturstützende Maßnahmen, insbesondere für den Hochbau im Zonenrandgebiet, zu fördern, um der sich bereits abzeichnenden Arbeitslosigkeit zu begegnen und den dringend erforderlichen Bau von Berufsschulen dadurch zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

129. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in der Zurückweisung Niko Hübners durch Grenzorgane der „DDR“ einen Verstoß gegen das Transitabkommen, und wieviel vertragswidrige Zurückweisungen in den Jahren 1979 und 1980 an den Grenzübergängen sind der Bundesregierung bekannt?
130. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Sind Berichte zutreffend, wonach DDR-Zollbeamte von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland beim Ausfüllen einer Karte für statistische Zwecke unter der Rubrik „Staatsangehörigkeit“ verlangt haben „BRD“ einzusetzen und in einigen Fällen von den Reisenden verlangten, 15 mal den Satz aufzuschreiben „Ich bin ein BRD-Bürger“?
131. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese rechtswidrigen Praktiken unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

132. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die von ihr geförderte Studie des Kernforschungszentrums Karlsruhe über die Auswirkung der von Kernkraftwerken abgegebenen Abwärme im Oberrheingebiet, sogenannte Abwässerkataster, veröffentlichen, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen?
133. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Sind Pressemeldungen zutreffend, daß die vom Bundesforschungsministerium beauftragte Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) in einer bislang noch nicht veröffentlichten Studie die Einrichtung von Ölkavernen im badischen Granit vorschlägt?
134. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wie weit sind die Vorarbeiten des Projekts vorangeschritten, in Furschenbach (Achertal) eine Versuchskaverne einzurichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

135. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die von der IG-Metall und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) errechneten Zahlen, wonach im Gegensatz zum Berufsbildungsbericht der Bundesregierung, der für 1979 660 411 Jugendliche ausweist, die einen Ausbildungsplatz beanspruchen, die IG-Metall von 860 000 Jugendlichen spricht und das BiBB von 732 000 ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen ausgeht, und ist die Bundesregierung bereit, ihre Berechnung zu überprüfen bzw. zu korrigieren?
136. Abgeordneter
Jung
(FDP) Trifft es zu, daß dem Handwerk bereits zugesagte Bundesmittel für die im Bau befindlichen überbetrieblichen Lehrwerkstätten in der Pfalz (Landau, Kaiserslautern, Zweibrücken) gestrichen werden?
137. Abgeordneter
Jung
(FDP) Werden durch die vorgesehenen Kürzungen die Zahl der Ausbildungsplätze und die Qualität der Ausbildung negativ beeinflußt?
138. Abgeordneter
Dr. Schweitzer
(SPD) Welche „neuralgischen“ und u. U. zu novellierenden Punkte des Hochschulrahmengesetzes haben sich nach Auffassung der Bundesregierung seit dem Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes ergeben?

Bonn, den 13. Juni 1980

